

Tutzing:

Ein Zeichen für mehr Menschlichkeit



Der Unterstützerkreis denkt etwa über finanzielle Hilfen für Rettungsschiffe wie die "Sea-Watch 4" nach.
(Foto: Chris Grodotzki/Sea-Watch.org/AP)

Die Gemeinde unterstützt das Bündnis "Städte Sichere Häfen", das sich für die Belange von Flüchtlingen einsetzt.

Von Manuela Warkocz

Zunächst ist es nur eine politische Willensbekundung. [Tutzing](#) erklärt sich solidarisch mit dem Bündnis "Städte Sichere Häfen". Die Gemeinde unterstützt damit Forderungen, die katastrophale Situation für Flüchtlinge im Mittelmeerraum und den überfüllten Flüchtlingslagern entlang der europäischen Grenzen zu lösen. Die öffentliche Solidaritätsbekundung beschloss der Gemeinderat am Dienstagabend - nur kurze Zeit später brannte

das überfüllte Flüchtlingslager Moria auf Lesbos nieder und offenbarte einmal mehr die katastrophalen und unmenschlichen Zustände für Geflüchtete. "Uns geht es in Tutzing gut, grundsätzlich", hatte Bürgermeisterin Marlene Greinwald (Freie Wähler) ihren Appell an die Gemeinderäte eingeleitet, den Solidaritäts-Antrag des seit Jahren sehr engagierten Ökumenischen Unterstützerkreises zu befürworten. Gleichzeitig ertränken im Mittelmeer Menschen. "Ich finde, wir können nicht weiter zuschauen", sagte sie. Wenn sich viele zusammentäten, lasse sich etwas ändern.

Im Bündnis "Städte Sichere Häfen" haben sich mehr als 170 Städte und Gemeinden zusammengeschlossen. Sie bekunden grundsätzlich ihre Bereitschaft zur Aufnahme, sie wollen Stellung beziehen gegen die Abschottungspolitik der Bundesregierung und der EU und fordern Solidarität mit den Aufnahmeländern im Süden. Ziel ist eine europäische Gesamtlösung für die Aufnahme, die Asylverfahren sowie die Integration von Geflüchteten.

Tutzings Sozialreferentin Caroline Krug (ÖDP) begrüßte die Aktion, um "Zeichen zu setzen für Menschlichkeit". Für Joachim Weber-Guskar (FDP) kann es nicht darum gehen, sich die Solidarität "nur an den Rathauswimpel zu hängen". Man müsse Taten folgen lassen. Tutzings Hauptausschuss solle sich mit dem Thema befassen. Der Unterstützerkreis schlägt beispielhaft konkrete Maßnahmen vor. So könnte sich etwa ein Ansprechpartner für Flüchtlingsfragen aus den Reihen des Gemeinderats zur Verfügung stellen. Tutzing könnte Kontakte zu einer Gemeinde auf den griechischen Inseln Lesbos oder Samos aufbauen, um sie mit individueller Hilfe zu unterstützen, woraus vielleicht sogar eine längerfristige Partnerschaft entstehen könnte. Für denkbar hält der Kreis auch eine finanzielle Unterstützung für ein ziviles Rettungsschiff wie die *Sea-Watch 4*.

Schließlich könnte Tutzing den Landkreis auffordern, sich für eine schnelle und unkomplizierte Aufnahme von aus Seenot geretteten oder aus den griechischen und italienischen Flüchtlingslagern kommenden Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden einzusetzen. Dabei würde sich die Bereitschaft in Tutzing darauf konzentrieren, Betroffene während des Asylverfahrens zu begleiten. Dafür stünden "ehrenamtliche Ressourcen zur Verfügung". Den Tutzingern geht es nicht darum, Unterkünfte im Ort bereitzustellen und zu finanzieren oder Menschen zu versorgen. Dazu bliebe der Landkreis verpflichtet nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, hieß es. Der Kreistag werde sich in Kürze mit dem Thema befassen.